

# 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

## Eine andere, präventive Bildung – Für wirksame Strategien im Kampf gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus

Wer wirksame Strategien gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus entwickeln will, muss sich von Illusionen trennen. Zum Beispiel von der, wonach demokratische Parteien durch Anbiederung an rechte Inhalte und Parolen etwas gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus bewirken könnten. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Lafontaine davon spricht, dass „Fremdarbeiter“ deutschen Familienvätern die Arbeit wegnehmen, dann unterstützt er vorhandene Ideologien der rechten Szene. Und auch populistische Wahlkämpfe, wie sie zum Beispiel von Roland Koch oder Edmund Stoiber geführt worden sind, schüren schlimme Ressentiments.

Eine andere Illusion ist es, dass der Rechtsextremismus eine Erscheinung von ein paar bösen braunen Buben am äußersten rechten Rand der Gesellschaft sei. Der Rechtsextremismus hat viele Gesichter und verändert sich beständig. Deshalb müssen wir lernen, diese zu unterscheiden. Wilhelm Heitmeyer zeigt, wie rassistische, antisemitische, islamophobe und andere menschenfeindliche Haltungen sich auch in der „Mitte der Gesellschaft“ ausbreiten, und nicht bloß in neonazistischen Kleingruppen. Hier ist das ganze Land betroffen und nicht nur einige östliche Regionen. Der Rechtsextremismus ist heute vielerorts Teil der Alltags- und Jugendkultur.

Wer den Rechtsextremismus als bloßes Randphänomen betrachtet, wird den Kampf mit falschen oder nicht ausreichenden Mitteln führen, zum Beispiel mit allzu wohlfeilen Verbotsforderungen, mit denen manche Politiker schnell bei der Hand sind. Selbstverständlich müssen Polizei und Verfassungsschutz mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wirksam gegen die rechtsextreme Gewalt vorgehen. Und es ist auch richtig, dass Verbote Mitläufer potentiell abschrecken. Aber manchmal schaffen sie auch erst einen „Reiz des Verbotenen“ - und einen Resonanzraum für Rechtsextreme in der Öffentlichkeit.

Wer einseitig auf Repression setzt, übersieht, dass Gesetze und das Handeln von Polizei und Justiz unter dem Gebot der Allgemeinverbindlichkeit stehen. Verbote und Einschränkungen können mit Freiheits- und Bürgerrechten kollidieren, die wir schützen und verteidigen müssen - auch und gerade, weil uns Neonazis nicht gefallen und weil wir ihrem freiheitsfeindlichen Denken nicht auf den Leim gehen wollen. Wer demokratische Rechte im Kampf gegen Antidemokraten beschneidet, schießt ein Eigentor.

Vor allem aber übersieht er, dass der Rechtsextremismus mit Verboten nicht aus den Köpfen verschwindet – und das ist die eigentliche Aufgabe. Wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen Ideologien – und genau hier muss eine wirksame Strategie gegen den Rechtsextremismus ansetzen. Wir brauchen eine starke demokratische Zivilgesellschaft, die Rechtsextremen zeigt, dass wir ihre menschenfeindlichen Ideen und Handlungen nicht tolerieren, dass wir uns gegen sie engagieren und aktiv werden – auf Straßen, Plätzen, in der Nachbarschaft, in Vereinen, in den Medien und im Parlament.

Dass die Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus wichtig ist, hat sich herumgesprochen. Leider ist noch nicht allen klar, was das eigentlich heißt. Es geht nicht nur um kurzfristige Interventionen an Orten, wo gerade etwas geschehen ist – wie die Große Koalition das vorsieht. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen brauchen vielmehr langfristige und verlässliche Unterstützung, denn sie arbeiten an einem langfristigen Problem! Hier sind viele Jahre einer intensiven Auseinandersetzung nötig.

Angesichts der verbreiteten Politikverdrossenheit, die einem rechtsextremen und antisemitischen Denken nicht selten die Bahn bereitet, brauchen wir eine Demokratieoffensive, die verdeutlicht, welche Errungenschaften unsere Demokratie und die Menschenrechte darstellen. Hier geht es um Schulen und den Bildungsbereich, aber auch um zahlreiche weitere Bereiche der Gesellschaft.

- Es geht um ein Mehr an Wissen über Demokratie, um die Vermittlung von Kenntnissen über demokratische Prozeduren und Wege der Entscheidungsfindung, die auch die Errungenschaften der Demokratie beinhalten müssen.
- Es geht um ein Lernen für Demokratie, das auf die Wahrnehmung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten vorbereitet und die Selbständigkeit und das Selbstbewusstsein von Staatsbürgerinnen und -bürgern fördert und entwickelt.
- Und es geht um ein Lernen durch Demokratie, um eine Form des Erwerbs von Wissen und Erfahrungen, in der Vielfalt, Widerstreit der Meinungen und Suche nach Konsens eine tragende Rolle spielen.

Das Lernen über, für und durch Demokratie kann nicht nur ein kognitives sein, es muss auch die emotionale Seite einbeziehen, vor allem die Fähigkeit zur Einfühlung in andere. Diese Fähigkeit muss früh vermittelt, vorgelebt und erfahren werden. Der Bildung der emotionalen Persönlichkeit muss in der Familie, der Schule und dem Kindergarten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hierin liegt ein Schlüssel für Toleranz und auch für Zivilcourage. Dies gebietet schon das Sozialstaatsprinzip, nach dem Kinder einen Anspruch auf Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe haben. Emotionale Intelligenz, soziale Kompetenz und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein gehören hier zusammen.

Unsere Demokratie ist nicht perfekt, deshalb müssen wir daran arbeiten, sie auf Grundlage unseres Wertefundaments weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, die vorhandenen Fehler kritisch zu hinterfragen.

Entwicklungspfade hin zu Aggression, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus beginnen oft schon im frühen Kindesalter - wenn Kinder in der Familie Gewalt und Kälte erleben, wenn die Schule als ein Ort der Aggressivität und der Versagensängste erfahren wird. Eine einfühlsame und fördernde Umwelt in Familie, Kindergärten und Schulen ist deshalb auch

im Sinne der frühen Prävention sehr wichtig. Auch andere Einrichtungen und soziale Zusammenhänge außerhalb der Schule – von den Vereinen über Musik- und Kunstschulen bis zu den Jugendzentren - spielen hier eine wichtige Rolle.

Eine wichtige Zielgruppe sind Jugendliche mit sozial schwierigem Hintergrund, aus bildungsfernen Schichten – und besonders die Cliques, in denen sie sich bewegen. Denn sie geben oft etwas, das Kindern und Jugendlichen im Elternhaus und in der Schule verwehrt wird: Anerkennung, Wärme, und Stärke durch ein ausgeprägtes „Wir“-Gefühl.

Heute ist klar, wie sehr Anerkennungsdefizite mit dem Auftreten von antisemitischen und rechtsextremen Einstellungen zu tun haben. Eigenes Nichtanerkanntsein ist oft die Wurzel für die Nichtanerkennung und Abwertung von anderen. Deshalb ist die Ausbildung und Stärkung einer nicht-ausgrenzenden, auf Fairness, Solidarität und Toleranz zielenden Kultur der Anerkennung ein grundlegendes Element in der Arbeit gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus. Wir müssen eine wertschätzende pädagogische Jugendarbeit betreiben, die Jugendliche stark macht gegen ein Abrutschen in rechte Kreise. Sie ist auch ein gutes Instrument, um beim Aufkommen rechter Denkmuster in Gruppen Einhalt zu gebieten. Dennoch dürfen wir uns an zwei Punkten keiner Illusionen hingeben: Junge Menschen benötigen erstens darüber hinaus eine berufliche und gesellschaftliche Lebensperspektive. Zweitens stößt Pädagogik an ihre Grenzen, wenn sie auf geschulte und fest organisierte Neonazis trifft. In diesen Fällen setzen wir auf entsprechende Angebote und rechtsstaatliche Mittel für AussteigerInnen aus der Szene. Angebote, die junge Neonazis dulden oder beispielsweise gar durch eigene, staatlich unterstützte Jugendclubs fördern, lehnen wir ab.

In Zeiten eines Wettbewerbsdrucks und der internationalen Leistungsvergleiche droht die Schule verstärkt zu einem Ort der Anpassung zu werden. In der Demokratie sind dagegen eigenständiges Denken, Widerspruch und auch die Lust an der argumentativen Konfliktaustragung von entscheidender Bedeutung. Demokratie muss erlebt werden können. Auch LehrerInnen sind hier in der Pflicht. Sie müssen Widerspruch nicht nur ertragen, sondern sogar fördern und ermutigen, auch wenn er ihre eigene Position in Frage stellt. Wir brauchen eine Schule des freien Wortes und des sozialen Mutes – und der kritischen Vernunft. Denn oft sind es ja gerade rechtsextreme und antisemitische Parolen, mit denen Jugendliche Widerspruch artikulieren. Mit dieser Art von Provokation richtig umzugehen, gehört zu den wohl schwierigsten Aufgaben in einer zeitgemäßen Pädagogik.

Wir sehen in der Vermittlung von Grundwerten eine große Chance, um Jugendliche vor rechten Ideologien zu bewahren. Dazu gehört es auch, Leistungen anzuerkennen und zu würdigen, Vielfalt als etwas Positives erfahrbar und sichtbar zu machen und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel zu vermitteln, um mehr Verständnis und Toleranz gegenüber dem Fremden, der abweichenden Lebensform oder der anderen Meinung zu erzeugen.

Auch Angebote außerhalb der Schule, von professionellen und geschulten DozentInnen, sind sehr wichtig. Dies gilt nicht nur für Jugendliche, sondern auch für LehrerInnen, PädagogInnen und ErzieherInnen. Eine gute Vernetzung zwischen Schule und Jugendeinrichtungen ist dabei hilfreich. Es hat sich gezeigt, dass die Vermittlung durch Gleichaltrige teilweise bessere Ergebnisse hervorbringt als durch Erwachsene. Ein gemeinsamer altersspezifischer Hintergrund ermöglicht oft einen besseren Zugang. Wichtig ist eine Stärkung (Empowerment) der Jugendlichen, in der ihr Selbstwertgefühl Abwertungen so widerstehen kann,

dass Konflikte besser bewältigt werden können. Es geht letztlich um die präventive Entwicklung konstruktiver Konfliktbewältigungsfähigkeiten.

In diesem Bereich bietet die Frauenfußball-WM eine ganz besondere Chance. Mit Fußballvereinen und Schulen können wir die Jugendlichen an der Basis erreichen und sie qualifizieren und stärken gegen die simplen und dummen Parolen der Neonazis.“

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, dass politische Bildung auch die Ideologie und die Politikvorschläge von Rechtsextremen kritisch analysiert. Dazu gehört auch eine detaillierte Analyse der rechtsextremen Ideologie und Programmatik und ihrer Widersprüche, eine Konfrontation dieser Ideologie mit Gegenargumenten, eine politische und normativ-ethische Kritik sowie eine Konfrontation mit der Realität, die nach den jeweiligen Folgen der Umsetzung von rechtsextremer Programmatik fragt. Im Zusammenhang damit sind auch Weltbilder und Argumente hervorzuheben, zu stärken und zu aktivieren, die auf demokratisches und humanes Denken und Handeln orientieren. Dazu sind interaktive Lernformen und demokratische Strukturen in den Schulen besonders gut geeignet.

Gedenkstätten sind für uns solche Orte der interaktiven Lernform. Hier kann und muss eine konstruktive Auseinandersetzung mit unserer Geschichte durch kontrovers geführte Debatten geschehen. Ein fixiertes nationales Geschichtsbild bringt uns hier nicht weiter. Wir setzen vielmehr auf eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft.

Jugendliche haben heute oft andere Zugänge zum Thema Nationalsozialismus. Mit Material, das neue pädagogische Zugänge eröffnet und teilweise von Jugendlichen für Jugendliche erarbeitet wurde, kann ein anderer Zugang erreicht werden. Als wichtige Elemente des Zugangs stehen für uns die Menschenrechtsbildung und das praktische Erleben im Mittelpunkt. Dafür bieten die Gedenkstätten einen wichtigen Resonanzboden. Eine Politisierung der Gedenkstättenarbeit lehnen wir ab, da für uns die Prinzipien der universellen Menschenrechte die Grundlage der Arbeit sind.

Trotzdem kann Gedenkstättenarbeit nicht alle Probleme auffangen, die an anderer Stelle der Gesellschaft aufgetreten sind. Sie ist auch kein verlängerter Arm des Geschichtsunterrichts. Die Chance, Jugendliche erreichen zu können, hängt vielmehr stark von der Persönlichkeit und dem Auftreten der Betreuer ab.

Neben den großen Gedenkstätten sind für uns die Erfahrbarkeit und die alltägliche Auseinandersetzung mit dem Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus vor Ort in den lokalen Bezügen sehr wichtig. Als weitere Auseinandersetzungsform sind die Stolpersteine in Städten, die auf Opfer des Nationalsozialismus vor Ort hinweisen, Gedenktafeln für frühere Synagogen oder jüdische Zentren, sowie auch kleinere Gedenkstätten vor Ort wichtig.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht die subjektive Wahrnehmung und Erfahrung für eine aktive Auseinandersetzung im Mittelpunkt. Für uns darf und kann es kein national verordnetes Gedenken oder national verordnete Geschichte geben. Der subjektive Bezug öffnet das Tor zum individuellen Erkennen, er schafft Relevanz für das eigene Leben. Dennoch bleibt die historische Singularität des Holocaust ein Grundpfeiler für unser politisches Handeln.

Entscheidend ist, wie die Erkenntnisse aus der Vergangenheit für die Zukunft verwendet werden. Denn in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und Rechtsextremismus muss die Zukunft im Fokus stehen. Eine besondere Herausforderung besteht darin, aus der Shoa eine humanistische und universalistische Lehre zu ziehen, die in einer multikulturellen Gesellschaft wie der deutschen Bestand hat. Hier muss es gelingen, Brücken zwischen den Kulturen und Geschichtsbildern zu bauen und den gemeinsamen Kernbestand herauszuarbeiten. Es gilt, ein Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Geschichte zu fördern, das ein gemeinsames Fundament für die Zukunft sein kann.